

Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

Newsletter

Februar 2015

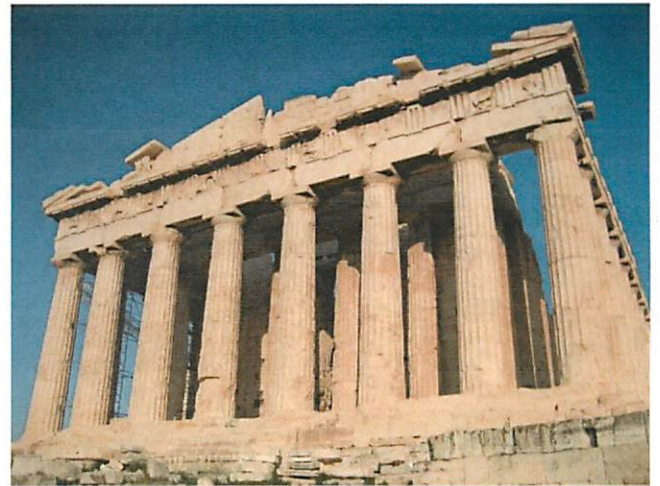
Liebe Freunde,

die Abstimmung über die Verlängerung des EFSF-Rettungsprogramms für Griechenland im Deutschen Bundestag am morgigen Freitag, den 27. Februar, nehme ich zum Anlass, um Sie über meine Entscheidung und Gründe zu informieren.

Ich stimme der viermonatigen Verlängerung zu, weil es keine einzige inhaltliche Veränderung für Griechenland gibt. Durch eine Verlängerung bekommt Griechenland auch keinen Euro mehr, sondern bis Ende Juni Zeit, um die Auflagen des zweiten Anpassungsprogramms zu erfüllen, um dann möglicherweise am Ende die letzte Rate des Geldes zu bekommen, das bereits lange bewilligt ist. Die 1,8 Mrd. Euro werden auch nur dann fällig, wenn dies von der Troika bestätigt wird. Darüber hinaus wird ein in Aussicht gestellter Kredit über 10,9 Mrd. € gar nicht fällig.

Die Entscheidung ist mit den vielen vorangegangenen Entscheidungen zu Griechenland nicht vergleichbar. Hinter uns liegt ein langer Weg von Vereinbarungen und Prüfsteinen. Wir sind Griechenland bereits weit entgegengekommen, indem wir Zinsen für Kredite niedrig gehalten sowie Laufzeiten für Zins- und Tilgungszahlungen gestreckt bzw. ausgesetzt haben. Das muss jetzt reichen! Deshalb gibt es mit der Verlängerung eben kein neues Geld für Griechenland.

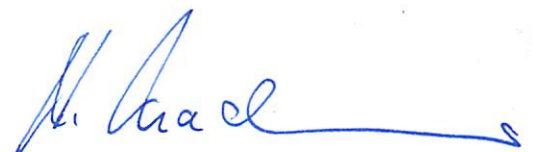
Die von Griechenland jetzt vorgelegte Liste enthält spezifiziert Reformbereiche, u.a. ergänzt durch einen Zeitplan. Wir haben zudem festgesetzt, dass der erfolgreiche Abschluss dieser Programmüberprüfung eine erneute Prüfung der Schulden tragfähigkeit einschließt mit dem Ziel, die Gesamtverschuldung bis zum Jahr 2020 auf einen tragfähigen Stand abzusenken. Soziale Maßnahmen mit fiskalischen Auswirkungen, wie sie die neue griechische Regierung ausgerufen hatte, können deshalb allenfalls dann umgesetzt werden, wenn zeitgleich das Einsparziel auf andere Weise erreicht wird und die Troika dem zustimmt.



Von ihren Rückzahlungsverpflichtungen, enthalten in den Darlehensvereinbarung von 2010 und mit dem EFSF geschlossenen Kreditvertrag von 2012, wird Griechenland nicht erleichtert.

Persönlich sei Ihnen versichert, dass ich in meiner Funktion als Haushalts- und Finanzpolitiker auch zukünftig sehr kritisch auf Griechenland und die dortigen Entwicklung blicken werde.

Bei allen diplomatischen Misstönen und überzogenen Forderungen durch die neue griechische Regierung, darf uns das aber nicht dazu verleiten, Griechenland in eine finanzielle und politische Kapitulation zwingen zu wollen. Wir müssen besonnen die einzelnen Reformschritte und Entwicklungen abwägen. Das ist die Verantwortung, die Deutschland mit der Führungsrolle innerhalb Europa eingenommen hat. Meine morgige Entscheidung trägt dieser Verantwortung Rechnung.



Ihr Norbert Brackmann